

## Pressemitteilung

**Sperrfrist: 21.4.2026 | 12:00 Uhr**

### Rassistische und rechte Angriffe in Berlin nehmen weiter zu

– **reach out** registriert höchste Angriffszahl seit 2019

Für das Jahr 2025 dokumentiert **reach out** die höchste Angriffszahl seit 2019. Insgesamt haben wir **358** rassistische und rechte Angriffe in Berlin dokumentiert. Mindestens **545** Menschen wurden im vergangenen Jahr verletzt oder bedroht (2024: 478). Die Zahl der betroffenen Personen steigt damit erneut an. Ein Großteil der Taten bleibt der Öffentlichkeit verborgen – dabei ist Rassismus weiterhin das häufigste Tatmotiv, während politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Hasskriminalität gerade hier kaum Wirkung zeigen.

*»Während in Berlin das rassistische und rechte Selbstbewusstsein steigt, versagt der Senat beim Schutz der Betroffenen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene werden täglich angefeindet, herabgewürdigt und attackiert. Dabei werden rechte und rassistische Tatmotive oft nicht anerkannt, die Taten nicht ernst genommen und Täter:innen nicht ermittelt. Die andauernde Bedrohung prägt den Alltag der Betroffenen.«*

**reach out**, die Beratungsstelle für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt, fordert, dass Politik und Behörden endlich Verantwortung übernehmen – für einen wirksamen Schutz vor rassistischer und rechter Gewalt.

Opfer rassistischer und rechter Gewalt müssen in Berlin konsequent als solche anerkannt und entschädigt werden. Die behördliche Kriminalisierung von Betroffenen muss eingestellt und die Streichung finanzieller Mittel für demokratische Schutzstrukturen muss rückgängig gemacht werden.

Berlin, den 21.4.2026

**reach out** erfasst **358 Angriffe** für das Jahr 2025 (2024: 328). Mindestens **545 Menschen** wurden verletzt, massiv bedroht, gejagt und bespuckt. Unter den Opfern – von denen wir wissen - sind 25 Kinder und 43 Jugendliche.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Darin nicht enthalten sind antisemitische Angriffe, deren Gesamt-Monitoring seit 2024 ausschließlich RIAS für Berlin veröffentlicht.

»Die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen ist 2025 stark gestiegen. Insbesondere Jugendliche geraten zunehmend ins Visier rassistischer und rechter Täter:innen, im Vergleich zum Vorjahr sind sie mehr als doppelt so häufig Opfer geworden. Sie wurden aus rassistischer Motivation von Mitschüler:innen attackiert oder im Vorbeigehen mit Regenschirmen geschlagen. Ihnen wurden aus antimuslimischer Motivation Kopftücher vom Kopf gerissen und sie wurden mit Messern verletzt, sie wurden von organisierten rechten Jugendgruppen gehetzt und zusammengeschlagen, sie wurden als junge Parteimitglieder bedroht und angegriffen, sie wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln mit dem sog. Deutschen Gruß angebrüllt und dabei am Kragen gepackt.«

Erleben Kinder und Jugendliche rassistische und rechte Gewalt, ist ihr Vertrauen in staatliche Institutionen früh verunsichert – ausgelöst durch Täter-Opfer-Umkehr und fehlende Anerkennung rassistischer und rechter Tatmotive. Es schwächt ihre gesellschaftliche Teilhabe und verstärkt Erfahrungen von Ohnmacht, Schutzlosigkeit und Ausgrenzung nachhaltig.

Die dokumentierten Vorfälle spiegeln nur einen Bruchteil der tatsächlichen rassistischen und rechten Angriffe in Berlin wider. Viele Betroffene melden die Vorfälle nicht – aus Angst vor weiterer Kriminalisierung, mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen oder fehlender Unterstützung.

**Zahlreiche Vorfälle bleiben unsichtbar und werden in der offiziellen Statistik nicht erfasst.**

Mit **208** von 358 Taten sind weit über die Hälfte der Angriffe **rassistisch motiviert** (2024: 185 von 328). Rassismus bleibt seit Gründung von **reach out** im Jahr 2001 das häufigste Tatmotiv. Von den insgesamt 208 rassistischen Taten wissen wir, dass mindestens 37 Angriffe antimuslimisch waren (2024: 33) und sich 28 gegen Schwarze Menschen richteten (2024: 24). Antimuslimische und antischwarze Angriffe sind demnach erneut angestiegen. Die Zahl der Angriffe gegen Rom:nja und Sinti:zze, von denen wir erfuhren, ist mit 9 (2024: 5) ebenfalls gestiegen.

»Das Ausmaß an antimuslimischer, antischwarzer und rassistischer Gewalt gegen Rom:nja und Sinti:zze ist die konkrete Folge jahrelanger politischer und öffentlicher Kriminalisierung der Betroffenen. Täter:innen fühlen sich ermutigt, den rassistischen politischen und medialen Diskursen Taten folgen zu lassen, auf der Straße, in Schulen, in Nachbarschaften und dem öffentlichen Nahverkehr. Dass wir überhaupt von den Betroffenen wissen, verdanken wir nicht zuletzt dem zivilgesellschaftlichen und zielgruppenspezifischen Monitoring in Berlin, Angehörigen und Zeug:innen. Ohne diese zum Teil selbstorganisierten Engagementstrukturen könnten wir die Gewalt, die Betroffene erleben, nicht annähernd erfassen.«

Die Zahl **rechter Angriffe**, von denen **reach out** weiß, bleibt 2025 auf hohem Niveau. Insgesamt haben wir **150** Angriffe registriert, bei denen Betroffene ins Visier rechter Täter:innen gerieten: In 71 Fällen wurden die Betroffenen als politische Gegner:innen angegriffen (2024: 32), in 65 Fällen aus LGTBIQ\* feindlicher Motivation (2024: 90), in 10 Fällen aus klassistischen (2024: 12) und in 3 Fällen aus ableistischen Motiven (2024: 8) und in einem Fall, weil als Zeug:in Zivilcourage gezeigt wurde (2024: 0).

*»Die Verdoppelung der Angriffe auf politische Gegner:innen im Vergleich zum Vorjahr ist die Folge rechter Mobilisierung in Berlin: Wo sich Antifaschist:innen rechten Aktionen entgegenstellten, wo engagierte Berliner:innen rassistische und rechte Diskurse zurückwiesen, wurden sie von rechten Täter:innen verfolgt, bedroht und angegriffen. Der Widerstand gegen rechte Gruppen auf der Straße bleibt – nach unserer Beobachtung - ungebrochen, jedoch gerät das Engagement im Alltag gegen Rechts immer weiter unter Druck und wird kriminalisiert. Dabei brauchen solidarische und engagierte Zentren der Selbstorganisation, Jugend(kultur)arbeit und Nachbarschaft nachhaltige Unterstützung.«*

Bei den Angriffen handelt es sich mehrheitlich um **Körperverletzungen** (2025: 217 | 2024: 149), **gefährliche Körperverletzungen** (2025: 101 | 2024: 102) und **massive Bedrohungen** (2025: 37 | 2024: 16).

Jeder Angriff bedeutet für die Betroffenen gravierende physische und psychische Folgen. Jeder Angriff spricht ihnen das Selbstverständliche ab, nämlich in voller Verwirklichung ihrer Rechte und Garantien als Mensch existieren zu können. Aufgrund der rechtlichen, gesundheitlichen, finanziellen, sozialen und oft lebensbedrohlichen Angriffsfolgen unterstützte **reach out** die Betroffenen 2025 im Rahmen von **1042** Beratungsgesprächen.

## **Angesichts der hohen Angriffszahlen in Berlin fordert reach out:**

Schutz- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene müssen langfristig gesichert sein. Insbesondere selbstorganisierte Engagementstrukturen gegen Rassismus und rechte Agitation in Bildungseinrichtungen, Nachbarschaften und Jugendeinrichtungen benötigen nachhaltige Unterstützung. Es braucht eine konsequente Strafverfolgung bei rassistischen Straftaten, die auch als solche von Berliner Behörden anerkannt und erfasst werden müssen. Es braucht einen effektiven Schutz für Betroffene rassistischer und rechter Angriffe, sodass sie von Amtswegen beispielsweise Auskunftssperrungen und Unkenntlichmachung persönlicher Daten erhalten, damit sie vor weiteren Bedrohungen geschützt werden.

Die häufige Täter-Opfer-Umkehr durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte führt dazu, dass Betroffene rassistischer und rechter Gewalt nicht nur eingeschüchtert, sondern selbst kriminalisiert werden.

Für Menschen im Asyl- und Aufenthaltsverfahren bedeutet dies neben der faktischen Einschränkung und Untergrabung ihrer Rechte, dass ihre Bleiberechtsperspektiven verschwinden. Folglich fordert **reach out**, Opfern rassistischer und rechter Gewalt konsequent ein Bleiberecht zu ermöglichen und das Aufenthaltsrecht dahingehend zu überarbeiten. Insbesondere institutioneller Rassismus in der Strafverfolgung verschärft die psychischen und physische Folgen der Angriffe für die Betroffenen und trägt dazu bei, dass rassistische Gewalt gesellschaftlich verharmlost und strukturell reproduziert wird. Umso wichtiger wird die Weiterfinanzierung und der Ausbau unabhängiger, parteilicher Beratung für Betroffene zur strukturellen Stärkung ihrer Rechte und für effektive Schutzmaßnahmen.

## **Für Nachfragen stehen Ihnen zur Verfügung:**

Johanna Mohrfeldt und Parto Tavangar (Projektleitung & Beratung)

Email: [projektleitung@reachoutberlin.de](mailto:projektleitung@reachoutberlin.de)

Tel. 030-695 68 339

Samira Abbas (Öffentlichkeitsarbeit)

Email: [presse@reachoutberlin.de](mailto:presse@reachoutberlin.de)

Tel. 030-695 68 339

Im **Hintergrundpapier zur Jahresstatistik 2025** finden Sie ausführliche Analysen sowie die grafische Aufbereitung der Statistik.

# reach out

Beratung für Betroffene von rassistischer und rechter Gewalt

Tel.: 030/69 56 8339  
info@reachoutberlin.de  
www.reachoutberlin.de  
Kopernikusstr. 23  
10245 Berlin

## reach out – Beratung für Betroffene, Angehörige und Zeug:innen von rassistischer und rechter Gewalt

**reach out** ist die Berliner Fachberatungsstelle für Betroffene rassistischer und rechter Gewalt und Bedrohungen in Berlin. Auch Angehörige und Freund:innen der Opfer und Zeug:innen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

**reach out** berät auch Betroffene von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt. In der Beratung orientiert sich **reach out** an den Bedürfnissen der Betroffenen. Jeder Schritt, jede Handlungsmöglichkeit wird gemeinsam mit den Ratsuchenden besprochen. Nichts geschieht ohne deren Einverständnis. Die Beratungen sind kostenlos und parteilich für die Betroffenen. Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität sind dabei selbstverständlich.

Die Mitarbeiter:innen von **reach out** recherchieren, dokumentieren und veröffentlichen Angriffe mit rassistischem oder rechtem Hintergrund.

Das Projekt bietet rassistuskritische und empowernde Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Immer stehen die Situation und die Perspektiven der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

### Kontakt:

[www.reachoutberlin.de](http://www.reachoutberlin.de)

030-695 68 339

Allgemeine Anfragen: [info@reachoutberlin.de](mailto:info@reachoutberlin.de)

Beratung: [beratung@reachoutberlin.de](mailto:beratung@reachoutberlin.de)

Bildungsangebote: [bildung@reachoutberlin.de](mailto:bildung@reachoutberlin.de)

Adresse (aktuell): Kopernikusstr. 23 | 10245 Berlin

Adresse (ab 01. Juni 2026): Heinrich-Heine-Str. 15 | 10179 Berlin

Gefördert durch		im Rahmen von	
<b>BERLIN</b>			<b>DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.</b>
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

5

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



**LANDESSTELLE  
FÜR GLEICHBEHANDLUNG-  
GEGEN DISKRIMINIERUNG**

reach out ist ein Projekt von ARIBA e.V. Spenden sind steuerlich absetzbar.  
Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft,  
Spenden-Konto IBAN: DE69 3702 0500 0003 2448 01 SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX  
Verwendungszweck: reach out